

Antrag an den Landesrat

Unsere Partei steckt derzeit in einer tiefen Krise, die verschiedene Ursachen hat. Davon betroffen sind auch unsere finanziellen Möglichkeiten. Ein noch nicht überwundener, dauerhafter Mitgliederschwund und sinkende Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen stellen den Landesverband, in Zukunft aber auch die Kreisverbände vor finanzielle Herausforderungen. Im Jahr 2023 können diese Probleme noch ausgeglichen werden. Wir müssen uns aber auf weitere, einschneidende Maßnahmen in den nächsten Jahren einstellen. Dem wollen wir frühzeitig mit einer gemeinsamen Planung begegnen.

Deshalb beschließt der Landesrat:

Der Landesvorstand beruft bis zum 31. September 2023 eine Arbeitsgruppe Finanzen ein. Ziel der AG ist es, ein finanzielles Szenario für die weitere Finanzierung des Landesverbandes und der Kreisverbände zu entwickeln.

Die Leitung der AG hat der Landesschatzmeister.

Außerdem setzt sich die AG zusammen aus 2 weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes, dem Landesfinanzratspräsidium, einem/r Vertreter:in der Landesgeschäftsstelle, 5 weiteren Kreisschatzmeister:innen sowie 10 Kreissprecher:innen. Dabei ist auf die Einbeziehung der Regionen, sowie urbane und ländliche Kreisverbände zu achten.

Die Umsetzung des Beschlusses wird in der nächsten Beratung mit den geschäftsführenden Kreisvorständen diskutiert.

Die AG trifft sich zur Konstituierung im Oktober. Sie erarbeitet entsprechend den Bedingungen Grundsätze zur Finanzplanung und legt diese bis zum Februar einem Landesrat und dem Landesparteitag 2024 vor.

Geschäftsführender Landesvorstand